

1/05 Gedächtniskultur in der Zweiten Republik

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Ungarische Jüdinnen und Juden in Österreich 1944/45
- Zwischen Vernichtung und Befreiung
- Filmmaker's Experience with Oral History
- Erinnerung und Erinnerungsarbeit in Ungarn

Liebe Leserin! Lieber Leser!

GEDENKDIENTST hat mit einer langjährigen Tradition gebrochen und die diesjährige Tagung nicht im Bildungshaus St. Virgil in Salzburg veranstaltet, sondern im Institut für Zeitgeschichte in Wien. Das Thema der Tagung lautete „Gedächtniskultur in der Zweiten Republik“. Die nun vorliegende Ausgabe von GEDENKDIENTST ist die Nachlese zur Tagung, besonderes Augenmerk wurde auf die Vorträge zu den Todesmärschen gelegt

Wie schon in der letzten Ausgabe unserer Zeitung befürchtet, wird der Bevölkerung anlässlich des Gedenkjahres eine Menge zugemutet: Bescherte uns „Letter to the stars“ vor zwei Jahren den ersten originär österreichischen „Holocaust business Event“, so wurde mit „25 Peaces“ eine neue Ära der Volksverdummung eingeleitet: Verhüllte Reiterstandbilder und Schrebergärten am Heldenplatz, weidende Kühe vor dem Belvedere, nachgestellte Bombennächte in der Wiener Innenstadt, Schweigenächte in Mauthausen, die Liste ließe sich noch um einiges verlängern. Gedenken wurde in den letzten Jahren zu einem massentauglichen Geschäft, zu einem Event, der auch von der Wirtschaft großzügig unterstützt wird. Da prangen kommentarlos die Logos von Firmen, die im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiterinnen beschäftigten - und das geht locker durch.

Die letzten großen Gedenkjahre 1988 und 1995 waren da noch etwas zurückhaltender, zu sehr stand das unaufgearbeitete NS-Erbe im Vordergrund und jeder hatte noch die „Waldheim-Affäre“ im Kopf. Diesmal gilt das alles nicht, die Republik fand zu sich selbst und lässt sich rücksichtslos abfeiern. Und seien Sie doch ehrlich, die Geschichte der Zweiten Republik ist doch wirklich eine Erfolgsgeschichte - die Ausstellungen im Belvedere und auf der Schallerburg erklären das ganz toll, weil sie das was dem Staat weh getan hat größtenteils weggelassen haben.

Alle Staatsbürgerinnen lieben sich das aber nicht gefallen und so entführten die Zellen Kämpfer der Widerstand (www.z-k-w.net) zumindest virtuell die vor dem Belvedere weidende „25 Peaces“-Kuh Rosa und hielten sie als politische Gefangene fest. Sie forderten unter anderem den Bundeskanzler auf, sich für all die Geschichtslügen zu entschuldigen, die die Bevölkerung 2005 irreführt und nationalistisch verhetzt haben. Der Kanzler schwieg naturgemäß. Rosa die Kuh wurde nach Ablauf eines Ultimatums gesprengt.

In diesem Sinne widmet GEDENKDIENTST diese Ausgabe der ums Leben gekommenen Kuh Rosa und wünscht trotz allem eine interessante Lektüre.

Stephan Roth

Chefredakteur GEDENKDIENTST

„Wir suchen Unterhaltung - mit den Menschen“

Schüssel, Lorenz, Springer und ihre „25 PEACES“

Christian Klösch

Kurz bevor das Gedenkjahr 2005 begann, sprangen Wolfgang Lorenz, ORF Abteilungsleiter für Planung und Koordination, und Georg Springer, Chef der Bundes-theaterholding, mit zeitgeistigen Events unter dem Label „25 Peaces - Die Zukunft der Vergangenheit“ noch auf die Veranstaltungsmaschinerie '05 auf. Die Initiatoren bekamen dafür ordentlich viel Medienselbstehre. Der Bundeskanzler nicht. Zu Unrecht.

Denn, so bestätigt Wolfgang Lorenz in einem Interview mit der Tageszeitung „Der Standard“, wertvolle Inputs für die Projekte kamen auch von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Lorenz, der den Kanzler als „spieľfreudigen und kreativen Menschen kennen gelernt“ hat, beschrieb das entscheidende Gespräch mit dem Kanzler so: „Ehre wem Ehre gebührt. Es war zumindest mir vorher nicht vorstellbar, dass das Interesse eines Bundeskanzlers soweit geht, dass er zwei Stunden lang dafür sorgt, dass das Handy nicht läutet, dass keiner

bei der Tür hereinkommt und dass er beginnt, selbst Ideen beizusteuern. Das ist wohl in keinem anderen Land der Welt vorstellbar.“

Nun wäre es natürlich sehr spannend zu wissen, welche Ideen es waren, die der Kanzler für die „25 Peaces“ beigesteuert hat: Waren es vielleicht die Schrebergärten am Heldenplatz, die grasenden Kühe vor dem Belvedere oder gar die „McCare Pakete“?

Denn nicht nur die Republik wird 60 und der Staatsvertrag 50, auch der Fleischlaberlproduzent McDonalds feiert seinen Fünfziger. Was liegt da näher, als Republik und Clown Ronald gemeinsam feiern zu lassen? 1 Mio. (!) Hamburger zu 50 Cent sollten im ganzen Bundesgebiet mit einer trendigen Info zu

den Springer/ Lorenz/Schüssel Projekten unter Juniors und Seniors gebracht werden. Die „McCare Pakete“ scheiterten nicht an Schüssel und auch nicht an Lorenz oder Springer, sondern an „Wünschen und Begehrlichkeiten“ von McDonalds: Clown Ronald zog es offenbar doch vor, in 500 Kindergärten mit dem Sanctus von Gesundheitsministerin Rauch-Kallat Ernährungstipps zu geben anstatt die Republik zu sponsern.

Aber vielleicht wurde hinterden Mauern des Ballhausplatzes gar die Aktion mit den 1000en weissen Holzkreuzen, die in Erinnerung an die österreichischen NS-Opfer auf dem Heldenplatz aufgestellt werden sollten, ausgeheckt. Dass jüdische Opfer nicht durch Kreuze symbolisiert werden, fiel keinem der Initiatoren auf. Peinlich für sie, dass nach Protesten in der Öffentlichkeit das Projekt abgesagt werden musste.

Oder wurde gar das Projekt „Peace vermutet“ im Bundeskanzleramt unter „spielfreudigen und kreativen Menschen“ ausgetüftelt: In der Beschreibung dazu heißt es „Geschichte zu kennen ist gut. Sie kann einem aber auch ganz schön auf die Nerven gehen. Besonders jüngere Menschen können sich dieses Gefühls kaum erwehren. Alles schon gewesen, nichts persönlich erlebt; und überhaupt was bringt es schon, ewig in den Wurzeln herumzustochern“ Solche Sätze sprachen offenbar Bundeskanzler Schüssel aus tiefster Seele, denn das Bundeskanzleramt ließ gleich 1.000.000 Euro für die 25 Peace -Events springen.

Wolfgang Lorenz begreift die Medienaufregung nicht. Auf einer Pressekonferenz am 6. März 2005 beklagte er sich „Ich verstehe nicht, warum man im Jubiläumsjahr auf Humor und Ironie verzichten soll. Auch könnte man sich 2005 darüber freuen, dass wir in Freiheit leben und nicht nur Bedrückung darüber empfinden über das was war.“ Und dann auf einmal ganz staatstragend: „Man muss auch den Jungen eine Chance geben, irgendwann aus diesem Alptraum raus zukommen und sich - wissend was passiert ist - auch davon zu emanzipieren.“ Unter „Emanzipation“ versteht Lorenz aber nicht einen Prozess im Sinne der Aufklärung, sondern Ziel sei es, „sich im Jahr 2005 auch frei(zu)machen für die Zukunft“. Den Weg dorthin skizziert Lorenz so: „Wir suchen Unterhaltung - mit den Menschen“.

In einer Unterhaltungskultur ist die Versuchung natürlich groß, emotional belastete und belastende Themen wie Nationalsozialismus und Holocaust mit , Porsche, dem Baukonzern Porr, ÖMV und den Österreichischen Lotterien, die das Projekt mit Hunderttausenden von Euros unterstützen, so gefällt.

Lorenz ist Symbol für den neuen Typus des staatlichen Eventmangers. Für seine Tätigkeit als Intendant für die Kulturhauptstadt Graz 2003 wurde er von der Republik hoch geehrt, aber nicht mit einem Kunstpreis - er bekam, aus den Händen von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, den Staatspreis für Marketing! Nach all dem wundert es audem Griff in die Inszenierungskiste der Eventmanager so aufzubereiten, dass diese Themen „peace“ für „peace“ leichter „konsumierbar“ und weniger „nervig“ sind. Allerdings übersehen Lorenz und Springer, dass Gedenken ein Prozess ist, der aus harter, anstrengender persönlicher Arbeit besteht, die auch psychisch manchmal sehr belastend sein kann. Eine noch so geglückte Inszenierung kann niemandem diesen Prozess erleichtern oder abnehmen.

„25 Peaces - Die Zukunft der Vergangenheit“ zeigt, was passiert, wenn Kunst jeden Anspruch an eine „Botschaft“ verloren hat. Der Übergang von Kunstperformance zu Marketing-Events für kräftig zahlende Sponsoren aus Politik und Wirtschaft ist fließend geworden. Das ist es auch was den Marketing-“Creatives“ von Asfinag, Red Bull, dem Verbund Konzern nicht, dass Lorenz als heißer Nachfolgekandidat von Monika Lindner für die Funktion des ORF-Generalintendanten gehandelt wird.

Ach ja! Beinahe hätten wir es vergessen: 2005 ist ja auch Schillergedenkjahr: „Grund genug, den freien Datenverkehr einmal ganz anders zu nutzen und Schillers beste Zitate zum Thema (Freiheit) via SMS zu verbreiten wie zum Beispiel „Geben sie Gedankenfreiheit! Herzlichst, Friedrich““ Das ganze firmiert dann unter dem Label „Peace geschillert“.

Eines weiß ich. Wenn es Herr Lorenz wagt, mir per SMS ein Schillerzitat zu schicken, dann kriegt er ein klassisches Zitat von mir retour. Aber von Goethe.

Christian Klösch

War jahrelang Obman von GEDENKDIENTST und arbeitet zur Zeit als Historiker in Wien.

Ungarische Jüdinnen und Juden in Österreich 1944/45

Nach der Okkupation Ungarns durch die Deutsche Wehrmacht im März 1944 wurden zehntausende ungarische Jüdinnen und Juden zur Zwangsarbeit nach Österreich verschleppt. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Gruppen waren unterschiedlich. Gemeinsam war allen Deportierten, dass sie nicht hinter KZ-Mauern interniert, sondern für die Zivilbevölkerung sichtbar waren. Die überwiegende Mehrheit ihrer Peiniger und Mörder waren Österreicher.

Die „Strasshofer Transporte“

Als die Deutsche Wehrmacht Ungarn okkupierte, galten dort gemäß den rassistischen ungarischen Gesetzen knapp 800.000 Menschen als Juden. Unter der Aufsicht des von Adolf Eichmann geleiteten Sondereinsatzkommandos des SD Ungarn (SEK) wurden zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli mehr als 430.000 Personen deportiert, die Mehrheit nach Auschwitz, wo drei Viertel sofort vergast wurden. 18.000 ungarische Jüdinnen und Juden kamen auf Ansuchen des Gauleiters von Niederdonau, Hugo Jury, und des Bürgermeisters von Groß-Wien, Karl Blaschke, zur Zwangsarbeit nach Ostösterreich. Hintergrund dieser Deportation waren neben der Arbeitskräfteknappheit in Österreich auch Verhandlungen des Budapester zionistischen „Hilfs- und Rettungskomitees“ mit dem SEK um den Freikauf jüdischen Lebens. Obwohl das „Hilfs- und Rettungskomitee“ der SS im Laufe dieser Verhandlungen erhebliche Werte an Geld und Wertgegenständen übergeben musste, ging es Heinrich Himmler dabei zunächst um eine mögliche Kontaktnahme mit den Westmächten, mit denen er angesichts der präkeren Kriegslage einen Separatfrieden abschließen wollte. Später erhofften sich Himmler und die an den Verhandlungen beteiligten SS-Männer wie Dieter Wisliceny, Kurt Becher und Hermann Krumeier von ihren „Zeichen des guten Willens“ gegenüber den Juden ein Alibi für die Nachkriegszeit.

Die jüdischen Familien, die Ende Juni 1944 in Strasshof an der Nordbahn ankamen, besaßen daher einen doppelten Status: Sie waren einerseits jüdische Arbeitssklavinnen und KZ-Häftlinge im „Sondereinsatz“, andererseits ein Faustpfand der SS. Daher wurde ihre Arbeitskraft brutal ausgebeutet, gleichzeitig jedoch Maßnahmen ergriffen, sie möglichst am Leben zu erhalten. Da die Verhandlungen des „Hilfs- und Rettungskomitees“ mit der SS „auf wirtschaftlicher Basis“ geführt wurden, kassierte das Wiener Außenkommando des SEK die „Löhne“ der Arbeiterinnen. Ein wesentliches Entgegenkommen der SS bestand darin, dass die Arbeitsfähigen zusammen mit ihren nichtarbeitsfähigen Familienmitgliedern an die Arbeitgeber - Industrie- und Gewerbebetriebe, Bauern, land- und forstwirtschaftliche Güter- in Wien, Niederösterreich und Südmähren vermittelt wurden, Familien also beisammen blieben. Gleichzeitig kürzte das Landeser(nährungsamt des Gaus Niederdonau die 1942 festgesetzten Hungerrationen für Juden. Die Arbeitgeber brachten die jüdischen Zwangsarbeiterinnen in Schuppen, Ställen, Baracken udgl. unter, die häufig nicht beheizbar waren und selten ausreichenden sanitären Einrichtungen besaßen. Die Kriterien für Arbeitsfähigkeit waren rigoros, alte Menschen und Kinder ab zehn Jahren wurden zu schweren Arbeiten angetrieben. Die schlechte Verpflegung in Verbindung mit der ungewohnten, Schwerarbeit führte zu rapidem Gewichtsverlust. Die wenigen Kleidungsstücke, welche die Juden bei ihrer Deportation hatten mitnehmen dürfen, waren bald völlig verschlissen und boten vor allem im Winter keinen Schutz vor Kälte. Das Außenkommando gestattete allerdings jüdischen Hilfsorganisationen und dem Roten Kreuz Hilfslieferungen von Kleidung und Schuhen. Außerdem bestand ein zumindest in den Städten funktionierendes jüdisches Gesundheitssystem - die vorherrschenden rassistischen Gesetze verboten „arischen“ Ärzten die Behandlung von Juden. Dennoch waren vor allem ältere Menschen den Strapazen nicht gewachsen, Hunderte starben. Da die jüdischen Familien oft in kleinen Gruppen an die Arbeitgeber vermittelt wurden, stand kein ausreichendes Wachpersonal zur Verfügung, um ihre Bewegungsfreiheit völlig einzuschränken. Die ausgemergelten Arbeiterinnen erregten häufig das Mitleid der Zivilbevölkerung, welche ihnen Essen zusteckte. Aber auch Arbeitskollegen, Österreicher wie auch Kriegsgefangene, und Arbeitgeber leisteten lebensrettende Hilfe. In manchen Lagern waren die jüdischen Familien jedoch brutalen Schikanen der Arbeitgeber und Lagerkommandanten ausgesetzt.

Die Tragödie dieser jüdischen Zwangsarbeiterinnen begann jedoch im Frühjahr 1945. Um ihre Befreiung durch die Rote Armee zu verhindern, sollten sie nach The-resienstadt zurückgezogen werden, wo die Überlebenschancen gemessen mit anderen Lagern gut waren. Da der Bahnhof Strasshof Ende März durch alliierte Bombenangriffe zerstört wurde, gelangten jedoch nur 2.581 Personen in dieses Lager. Die Mehrheit der jüdischen Familien wurden nach Mauthausen „evakuiert“, wobei viele einen Teil der Strecke in mörderischen Fußmärschen zurücklegen mussten, bevor sie auf Züge verladen wurden. Als Wachorgane fungierten Polizisten, Gendarmen, der Volkssturm und SS. Die Hauptrolle dieser Märsche

führte durch das Donautal. Die Sterberate während der Märsche sowie in Mauthausen und Gunkirchen war erschreckend.

Etwa 4.000 Internierte hatten Glück und wurden noch vor ihrer Verschleppung in ihren Lagern befreit oder konnten mithilfe von Österreicherinnen untertauchen. Für Hunderte bedeutete jedoch gerade die absehbare Befreiung das Todesurteil. Kommandos der Waffen-SS und der SS-Feldgendarmerie, zum Teil in Zusammenarbeit mit örtlichen NS-Funktionären und Hitlerjugend (HJ), ermordeten ab Mitte April 1945 ganze Gruppen von jüdischen Arbeiterinnen, deren Verbringung nach Mauthausen nicht mehr möglich erschien.

Ungarisch-jüdische Schanzarbeiterinnen

Nach dem gescheiterten Versuch Miklos Horthys, einen Waffestillstand mit der Sowjetunion zu schließen, putschten sich am 17. Oktober 1944 die Nyilas, die hungarischen Pfeilkreuzler, mithilfe der deutschen Besatzer an die Macht. Dies bot den Deutschen eine letzte Möglichkeit, die "Endlösung der Judenfrage" auch in Ungarn abzuschließen, wo die jüdische Bevölkerung Budapests sowie die Arbeitsdienstler der ungarischen Armee den Deportationen vom Frühjahr entkommen waren. Zwischen dem 6. November und dem 1. Dezember 1944 übergaben die Nyilas der SS 76.209 Jüdinnen und Juden: etwa 30.000 BudapesterInnen, die in mörderischen Fußmärschen zur Grenze nach Hegyeshalom getrieben worden waren, sowie Zwangsarbeitsverpflichtete und Arbeitsdienstler der ungarischen Armee. Später ausgelieferte „Leihjuden“ wurde nicht mehr zahlenmäßig erfasst. Ein Teil der Deportierten kam in Konzentrationslager, etwa 40.000 mussten zusammen mit deutschen und österreichischen Zivilisten, HJ, „Fremdarbeitern“ und Kriegsgefangenen am so genannten „Südostwall“, einem System von Panzergräben und Befestigungen entlang der Grenze Österreichs zu Ungarn, der Slowakei und Slowenien, welches den Vormarsch der Roten Armee stoppen sollte, sich aber letztlich als völlig wirkungslos erwies, schanzen.

Die jüdischen Schanzarbeiterinnen rackerten auf beiden Seiten der Grenze zwischen Engerau (Bratislava) und Radkersburg. Als „Lager“ dienten Scheunen, Baracken, Keller, Dachböden, Meierhöfe und Schulen. Die Jüdinnen und Juden wurden zwar sowohl in den Unterkünften als auch am Arbeitsplatz streng bewacht, um Kontakte zur Umwelt zu unterbinden, doch lebten sie meist in den Dörfern, bisweilen in Häusern, die auch von Zivilisten bewohnt waren. Dennoch waren diese Unterkünfte häufig ungeheizt, vor allem in Winter, als die Brunnen froren, stand den Arbeiterinnen bisweilen nicht einmal kaltes Wasser zur Reinigung zur Verfügung. Die Folge war eine erschreckende Sterberate durch Hunger, Erschöpfung, Seuchen und Mord durch unmenschliches Wachpersonal. Dieses wurde in der Regel durch den Volkssturm, die SA, NSDAP-Funktionäre, Angehörige der Organisation Todt (OT) und der kroatischen Waffen-SS gestellt.

Um sich „unnützer Esserinnen“ zu entedigen, wurden im Dezember und Jänner „Erholungslager“ eingerichtet. In Lichtenwörth verstarben 247 der 2.500 meist weiblichen Insassen. Von den 2.087 meist männlichen Häftlingen des „Erholungslagers“ Felixdorf gingen 1.865 zugrunde. Als im Februar 1945 in einigen Lagern im Gau Steiermark Flecktyphus ausbrach, ordnete die Gauleitung die Erschießung der Kranken als Mittel der „Seuchenbekämpfung“ an. Weitere Mordkampagnen fanden unmittelbar vor und nach der „Evakuierung“ der Lager Ende März statt, als in mehreren Lagern in Westungarn, im Burgenland und in der Steiermark Nichtmarschfähige liquidiert wurden. Bei diesen Massenmorden unterstützten Angehörige der Waffen-SS die Wachmannschaften.

Die Todesmärsche nach Mauthausen

Der Rückzug der etwa 20.000 Jüdinnen und Juden aus den westungarischen Lagern war am 23. März abgeschlossen. Die Schanzarbeiterinnen wurden zunächst auf Lager auf österreichischem Gebiet verteilt, die wenige Tage später, um den 29. März, als erste sowjetische Truppenverbände die österreichische Grenze überschritten, aufgelöst wurden.

Schanzarbeiterinnen aus dem Raum Sopron und aus dem Nordburgenland wurden in Todesmärschen nach Gramatneusiedel getrieben, von wo die meisten per Bahn direkt nach Mauthausen verbracht wurden. Die Überlebenden des berüchtigten Todesmarschs von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg wurden zusammen mit Leidensgenossen aus Bruck/Leitha auf Schleppbahnen nach Mauthausen geschifft.

Die Schanzarbeiterinnen aus den Köszeger Lagern mussten zusammen mit jenen aus den südlichen Burgenland und der Steiermark zu Fuß über Graz nach Mauthausen marschieren. Die verästelten Routen lassen sich nicht zuletzt anhand der vielen Einzel- und Massengräber rekonstruieren, die nach dem Krieg entdeckt wurden. Ihre mörderischen Wachen stellte meist der Volkssturm, aber auch Gendarmerie und ukrainische Waffen-SS. Am Präbichl feuerten SA-Eskorten in die marschierenden Kolonnen und ermordeten 200 Menschen.

Dennoch waren die höchsten Opferzahlen in Oberösterreich zu verzeichnen. Aufgrund der unterwegs erlittenen Entbehrungen starben viele Transportteilnehmerinnen an Erschöpfung, nahm jedoch auch die Zahl der Nachzügler zu, die von den Wachmannschaften ermordet wurden. Da das Konzentrationslager Mauthausen und das bei Marbach errichtete Zeltlager überfüllt waren, wurden tausende erschöpfte Häftlinge am 16., 26. und 28. April 1945 neuerlich in Marsch gesetzt und ins Lager Gunkirchen verlegt. Die Opferzahl auf dieser letzten, 55 Kilometer langen Etappe wird auf bis zu 6.000 Personen geschätzt. Gunkirchen war überbelegt und typhusverseucht, die Versorgung der mehr als 20.000 Insassen mit Nahrungsmitteln und Wasser brach völlig zusammen, was tausende Menschenleben kostete. Viele Insassen überlebten ihre Befreiung am 5. Mai 1945 nur um wenige Tage und Wochen. Das 1948 gegründete „Jüdische KZ-Grabstätten-Eruierungs- und Fürsorge-Komitee“ bezifferte die Gesamtzahl der in Österreich verstorbenen und ermordeten ungarischen Jüdinnen und Juden mit 23.000.

Eleonore Lappin

Institut für Geschichte der Juden in Österreich,
St. Pölten

Zwischen Vernichtung und Befreiung

Die Räumung des Konzentrationslagers Sachsenhausen kostete noch kurz vor der Befreiung mehreren Tausend Häftlingen das Leben. Bei Heranrücken der Front wurden am 21. April 1945 mehr als 30.000 Häftlinge des Oranienburger Hauptlagers, darunter Frauen und Kinder, von Sachsenhausen zu Fuß Richtung Nordwesten getrieben. Für die meisten von ihnen endete der Marsch mit ihrer Befreiung zwischen dem 3. und 6. Mai im Raum Parchim - Ludwigslust - Schwerin, etwa 200 Kilometer von Oranienburg entfernt. Für viele Überlebende des KZ Sachsenhausen gehören der Todesmarsch und das Waldlager in Below auch heute noch zu den eindrücklichsten Erinnerungen an ihre KZ-Haft.

Der Todesmarsch der Häftlinge des KZ Sachsenhausen

Schon im Herbst 1944 begannen zwischen dem Reichsführer SS Heinrich Himmler und dem Kommandanten des KZ Sachsenhausen, Anton Kaindl Gespräche über die Räumung des Konzentrationslagers in der Nähe der Reichshauptstadt. Dabei verfolgte Himmler ursprünglich die Absicht, alle KZ-Häftlinge in einer großen Mordaktion durch Bombenabwürfe, Massenerschießungen oder bei der Versenkung von Schiffen zu töten. Doch als die Rote Armee Anfang Februar 1945 die Oder erreichte, wurden alle diese Pläne als undurchführbar verworfen. Stattdessen erhielt der Erste Lagerarzt den Befehl, alle kranken und marschunfähigen Häftlinge in den Revieren und Schonungsblocks zu selektieren und sie entweder mit großen Transporten in die Sterbelager Ber-gen-Belsen und Mauthausen abzuschicken oder aber im Industriebauhof des KZ Sachsenhausen zu ermorden. Die übrigen Häftlinge sollen durch einen schmalen Korridor der

zwischen den Fronten der Westalliierten und der Roten Armee verblieben war, nach Nordwesten in Richtung Schleswig-Holstein getrieben werden, wohin auch der Führungsstab der SS flüchtete.

Die Räumung des Lagers begann am 21. April 1945. Völlig unzureichend gekleidet und ernährt und von der KZ-Haft geschwächt schleppten sich die Häftlinge unter den Augen der deutschen Bevölkerung durch Nordbrandenburg und Mecklenburg. Sie mussten 15 bis 40 Kilometer am Tag marschieren und meistens im Freien übernachten. Wer nicht weiter konnte, wurde von der SS erschossen oder erschlagen. Das Gleiche drohte den Häftlingen bei dem Versuch, sich am Wegesrand mit Wasser oder Nahrung zu versorgen.

Vom 23. bis zum 29. April wurde der Großteil der Kolonnen, mehr als 16.000 Häftlinge, im Belower Wald nahe Wittstock zusammengezogen. Sie lagerten ohne Unterkunft und ohne Versorgung im Wald, mit Stacheldraht umzäunt und von einer Postenkette bewacht. Die Kommandoführer waren in einem dem Waldstück gegenüber liegenden Hirtenhaus untergebracht, der KZ-Kommandant Kaindl samt Begleitung für kurze Zeit im Gutshaus in Below. Nach mehreren Tagen trafen LKWs des Internationalen Roten Kreuzes ein. Nach Verhandlungen der Delegation mit der SS-Führung durften Lebensmittelpakete verteilt (wenn auch nicht in genügender Anzahl) und im benachbarten Dorf Grabow ein Nothospital eingerichtet werden.

Am 29. April verließen die Häftlingskolonnen das Waldlager und wurden weiter Richtung Nordwesten getrieben. In der Umgebung der Stadt Crivitz, die die ersten Häftlinge vermutlich um den 1. Mai erreichten, trafen sie auf Frauen aus dem KZ Ravensbrück, deren Todesmarsch sie über das Außenlager Malchow, nicht weit von Below entfernt, geführt hatte. Je näher die Fronten rückten, desto mehr löste sich die Marschordnung auf, da sich die Bewacher zunehmend nur noch um ihre eigene Rettung kümmerten. Viele Häftlinge erlebten die Freiheit, indem sie sich von den Bewachern verlassen im Wald vorfanden. Das Chaos der letzten Tage des „Dritten Reiches“ barg aber noch viele Gefahren, unterschiedliche Gruppen waren auf den Straßen unterwegs, darunter versprengte Einheiten verschiedener bewaffneter Formationen. In mindestens einem Fall kam es zu einer Mordaktion, die nicht von der Bewachung des Marsches ausgeführt wurde: 25 Häftlinge, die sich schon gerettet geglaubt hatten und von der Bevölkerung versorgt wurden, wurden am 3. Mai in Zapel-Ausbau erschossen.

Die Erforschung des Todesmarsches

Das Räumungsgeschehen und die Todesmärsche blieben in der Konzentrationslagerforschung lange Zeit eher unbeachtet. In den letzten Jahren hat sich dies geändert: Der letzten Phase der Geschichte der Konzentrationslager wird inzwischen mehr Aufmerksamkeit gewidmet, was sich in Tagungen, Publikationen und Ausstellungen niederschlägt. Dennoch existieren nach wie vor eine ganze Reihe von Forschungslücken.

Auch wenn die grundlegenden Tatbestände des Todesmarsches der Häftlinge des KZ Sachsenhausen bekannt sind, bleiben bisher viele Details unklar oder auch widersprüchlich. Dies gilt in manchen Fällen

für die Strecken der Kolonnen und relativ häufig für die Datierungen, wann genau einerseits die alliierten Truppen, andererseits die Häftlinge des Todesmarsches durch bestimmte Ortschaften kamen. Die Richtung des Todesmarsches nach Nordwesten wurde vom Frontverlauf bestimmt, die Entscheidungsprozesse sind im Detail weiter zu erforschen und hier insbesondere die Frage, welche Bedeutung organisierte Planung einerseits und Chaos und Entscheidungen örtlicher Kommandoführer andererseits hatten. Zum Verhalten der deutschen Bevölkerung gibt es naturgemäß unterschiedliche Schilderungen, weiter zu diskutieren ist die Gewichtung von Hilfe, Gleichgültigkeit und Hassausbrüchen. Außerdem sind Angaben über Tote vorhanden, die noch nicht verifiziert werden konnten, ebenso Angaben über Gräber, die noch nicht aufgefunden wurden.

Die Anzahl der Toten des Todesmarsches, die zu DDR-Zeiten mit 6.000 angegeben wurde, lässt sich nicht mehr exakt feststellen, liegt aber wahrscheinlich sehr viel niedriger. Belegbar sind bisher 480 Tote, Hinweise (z.B. auf Gräber oder Umbettungen) gibt es für etwa 900 weitere, darunter 780 Tote, die nach vielfachen Berichten von Überlebenden im Belower Wald verscharrt worden sein sollen, deren Grab aber bisher nicht gefunden wurde. 132 Tote wurden im benachbarten Grabow begraben. Entlang der Todesmarschstrecken sind vielerorts Todesmarschopfer anonym auf den Dorffriedhöfen beerdigt. Ein unbekanntes, wahrscheinlich erhebliche Zahl von Häftlingen erlag in der ersten Zeit nach der Befreiung in Nothospitälern in Schwerin und Umgebung den Strapazen des Todesmarsches und der KZ-Haft. Mit weiteren Forschungen lässt sich die Todeszahl zwar vermutlich nicht mehr exakt bestimmen, aber doch weiter präzisieren.

Gedenken an den Todesmarsch

Unmittelbar nach der Befreiung wurde auf Betreiben ehemaliger Häftlinge mit der Ermittlung der Grabstätten und teilweise auch mit der Umbettung von Todesmarschopfern begonnen. Auf dem Friedhof in Grabow wurde ebenfalls noch 1945 ein Gedenkstein für die 132 dort beigesetzten Opfer aufgestellt. 1950 wurden auf Initiative der WN Findlinge als Gedenksteine in etwa 25 Orten Mecklenburgs errichtet.

Im Belower Wald wurde der erste Gedenkstein (der sich heute vor dem Eingang zum Museumsgebäude befindet) erst 1965 errichtet, obwohl dort auch vorher schon Gedenkveranstaltungen stattfanden. Gleichzeitig wurden die Bäume, an denen Spuren vorhanden waren, durch rote Winkel gekennzeichnet (damals noch direkt an den Bäumen angebracht). Die heute vorhandene Mahnmalsanlage stammt aus dem Jahre 1975. Zu ihr gehört auch der gegenüber liegende Fahnen- und Kundgebungsplatz. Außerdem wurde auf einem Teil des historischen Ortes ein Ehrenhain angelegt, dabei wurden die roten Winkel von den Bäumen genommen und in den Waldboden vor die Bäume gestellt. Gleichzeitig aber wurden bei der Gestaltung des Ehrenhains damals noch vorhandene Reste der von den Häftlingen gebauten provisorischen Unterstände weggeräumt. Das Museum wurde 1981 eingeweiht. Für seinen Bau wurde das historische, inzwischen allerdings stark verfallene, Hirtenhaus abgerissen.

Am Endpunkt des Todesmarsches, in Raben Steinfeld bei Schwerin, wurde 1973 „Die Mutter“, ein von Gerhard Thiele geschaffenes Mahnmal, eingeweiht. 1976 wurde es um vier Relieftafeln, die Szenen des Todesmarsches zeigen, erweitert. Ebenfalls 1976 wurden entlang der Hauptstrecken des Todesmarsches 120 identische Emailtafeln aufgestellt. Die Standorte wurden von der SED-Kreisleitung in Zusammenarbeit mit dem Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer festgelegt. Dadurch ist eine einzigartige, durchgängige Kennzeichnung der Strecke entstanden, die auch heute noch große Bedeutung in der Region hat und gute Ansatzpunkte für pädagogische Projekte bietet.

Das Museum des Todesmarsches war seit seiner Eröffnung 1981 Außenstelle der nationalen Mahn- und Gedenkstätte (NMG) Sachsenhausen. Inhalt und Gestaltung der Ausstellung entsprachen der herrschenden Doktrin, die sich auch in der NMG Sachsenhausen manifestierte. Neben Dokumenten und Aussagen von Zeitzeugen zum Todesmarsch standen die allgemeinen politischen Aussagen. Einseitige und ideologische Darstellungen finden sich auch in den in der DDR zum Todesmarsch herausgegebenen Broschüren, in den 70er- und 80er-Jahren allerdings nicht mehr so stark wie zu Hochzeiten des Kalten Krieges. Regelmäßig fanden im Belower Wald Gedenkveranstaltungen statt, darunter die von allen DDR-Gedenkstätten bekannten ritualisierte Veranstaltungen zur Aufnahme in die gesellschaftlichen Organisationen. Andererseits sammelten Schülergruppen und Arbeitsgemeinschaften junger Historiker Augenzeugenberichte aus ihrer Region und führten Gespräche mit Überlebenden. Als spezielle Form des Gedenkens an den Todesmarsch wurden Gedenkmärsche veranstaltet, zum Teil auch noch nach 1990.

Auch nach der deutschen Einheit blieb das Todesmarschmuseum Außenstelle der Gedenkstätte Sachsenhausen und wurde 1993 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Die Expertenkommission zur Neukonzeption empfahl 1992 eine Neugestaltung des Museums: Die Ausstellung sollte sich zukünftig auf das Geschehen des Todesmarsches konzentrieren und die Perspektive der

Häftlinge mehr einbeziehen. Außerdem empfahl die Kommission, Abdrücke von den immer undeutlicher werdenden Spuren an den Bäumen zu nehmen. Letzteres wurde, allerdings nur bei den interessantesten Spuren, umgesetzt. Die Ausstellung wurde zum großen Teil überarbeitet, eine völlige Neugestaltung steht noch aus. Anfang der 90er-Jahre wurden auf dem ehemaligen Lagerplatz der Häftlinge im Belower Wald ca. 4.000 Fundstücke geborgen, die zum Teil auf der Waldoberfläche gelegen hatten, aber bis dahin nicht aufgenommen worden waren. 1995 tauschte die Stiftung - trotz berechtigter Kritik an Gestaltung und Text der Tafeln - beschädigte Exemplare der 1976 aufgestellten Emailletafeln gegen neu produzierte identische Tafeln aus, um die durchgängige Kennzeichnung der Strecke beizubehalten. An dem Teil der Todesmarschstrecke, der durch den Landkreis Parchim führt, wurden 1992 bis 1996 Stelen und Stelenfelder des Crivitzer Bildhauers Wieland Schmiedel aufgestellt. Der Berliner Künstler Wolf Leo schuf in mehreren Projekten mit Jugendlichen Skulpturen, die als „Wegzeichen“ an der Strecke des Ravensbrücker Todesmarsches aufgestellt wurden.

Im September 2002 zerstörte ein neonazistischer Brandanschlag einen der beiden Ausstellungsräume vollständig. Glücklicherweise wurden keine Originale zerstört. Außerdem wurde das Mahnmal mit antisemitischen Parolen beschmiert. Bis heute konnten die Täter nicht ermittelt werden. Der Anschlag führte zu verschiedenen Protest- bzw. Solidaritätsveranstaltungen und zur Gründung eines Fördervereins. Das Todes-marschmuseum ist seitdem Mitglied im Wittstocker Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus. Im nördlichen Brandenburg gibt es - wie leider in vielen Bereichen Brandenburgs und Mecklenburgs - erhebliche Probleme mit Rechtsextremismus; insbesondere die Stadt Wittstock, zu der das Todesmarschmuseum gehört, ist eine Hochburg der Rechten“. Im gesamten Einzugsbereich des Todesmarschmuseums einschließlich des südlichen Mecklenburg besteht somit ein großer Bedarf an Projekten gegen Rechtsextremismus. Jugendliche stellten unter dem Eindruck des Brandanschlages eine Wanderausstellung her, die sich mit der Geschichte des Todesmarsches, aber auch mit dem Anschlag beschäftigt und inzwischen in mehreren Schulen, im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Gedenkstätte Sachsenhausen gezeigt wurde.

Carmen Lange

Leiterin des Todesmarschmuseums im Belower Wald, Außenstelle der Gedenkstätte Sachsenhausen

Filmmaker's Experience with Oral History

Much has been written about oral history and its importance, approaching and persuading survivors to talk, techniques of in-interviewing people deeply traumatized by the Holocaust and particularly about the reliability of personal testimonies. In the following pages I will therefore refer purely to my personal experience interviewing scores of survivors (most of whom talked about their time spent in the camps and ghettos for the very first time). These interviews were conducted during work on a documentary film series depicting the fate of Czech Jews who survived little researched deportations to the East that took place at the end of 1941 and throughout the year 1942.

The idea to start with this film project came about while researching the first deportations of Jews from Bohemia and Moravia, Vienna and Upper Silesia to Nisko. I realized that Auschwitz as the most notorious annihilation factory became so synonymous with death that other theatres of Jewish disaster during the Second World War largely remain in its shadow. During the Holocaust, well over one third of Czech Jews perished in places other than the widely known Theresienstadt ghetto and the Auschwitz death camp, yet few have heard about the mass graves in Estonian Kalevi Liiva; the gas vans of Maly Trostinec in Belarus; Salaspils camp not far from the Riga ghetto in Latvia or the "transit" ghettos of Piaski, Izbica, Rejowiec, Sawin or Zamosc near the killing centers of Sobibor, Majdanek and Belzec in the Lublin region of Poland... Our six hour documentary film series, which is now nearing completion, attempts to capture the memories of the remaining survivors from these deportation destinations and to fill in the white spots on the map of Czech Holocaust and Holocaust as such.

Our documentary is largely based on testimonies and people's personal stories. After several years of tracing and persuading survivors to talk, we have acquired almost 230 hours of interviews, filmed in countries ranging from Australia and Austria, Germany and Israel, Britain and Venezuela, USA and Switzerland, Poland and Germany. Altogether we managed to capture the memories and plight of close to seventy witnesses of the above mentioned camps and ghettos, where the survival rate of Czech Jews was sometimes as low as one in a hundred.

I took the decision to produce a film rather than another written study as I believe film to be an extremely important medium in helping to preserve the memory of the Holocaust. With eye-witnesses passing away quickly and the events of the Holocaust receding deep into history, the significance of personal testimonies captured on film is ever increasing as it will be more and more difficult for the general public to comprehend and identify with its victims. There is a danger that the Holocaust will become more and more a domain of historians only. Books and footnoted studies reach only a relatively narrow and select public and writing can be somewhat one-dimensional as quite often the singular person becomes lost in the large amount of factual data. Compared with written words, film and the visual image in general have an added advantage of capturing and conveying the period atmosphere and feelings of people who lived it, their behavior, faces and eyes, making their experiences and the past universally accessible and having a far stronger immediate impact.

I shall not speak more about the reasons for making the documentary and the film itself, which I hope will be available to audiences in the spring of next year, but will rather focus on three aspects I believe most crucial to interviewing survivors - on locating them, methods of interviewing them and on the important question to what extent can human memory be trusted...

In our quest to record and recount the history of the "forgotten" Czech transports and the people swept away with them, finding eyewitnesses proved to be the most arduous task. With only a handful having survived WWII altogether, close to fifty-five years later we could not expect more than a few to still be alive. In the end we discovered almost sixty, i.e. almost everybody, as we managed to confirm the passing of nearly all the remaining ones. The search commenced with wartime deportation lists, post-war Jewish community records and statistics put together by Theresienstadt Memorial and Institute of the Theresienstadt Initiative in particular. (I traced only people born in or after 1910, considering the chance of coming across someone older statistically too slim - to our astonishment the oldest person we stumbled on in Australia was a very agile former Riga prisoner of 102). Most survivors left Czechoslovakia after 1945, many changed their names, women married. I inquired within Jewish communities, posted newspaper ads, inspected all available archives, perused available police records, checked the Internet and looked through phone books, often calling hundreds of people of a given surname in a number of countries. When the question "Were you in (...) during the war?" met with the answer of "Why do you ask?" instead of "What?", I knew I tracked down the person I was seeking.

Still traumatized, dispersed all over the world and with experiences exceptionally unusual and rare, most of these survivors were never contacted by or chose to evade interviewing programs organized by the Spielberg's Shoah Foundation, Holocaust museums and like. Getting in touch with a witness did not automatically mean consent to film him or her. Being granted such permission took in some cases up to two years of gradually building a relationship of trust and understanding. People who resisted an interview the longest usually in the end intuited testifying most therapeutic. Persuading people who never shared the inner-most secrets of their lives requires using a variety of time-exacting techniques - such as be-friending all of their acquaintances. Having gained the trust of people they trusted, we finally managed to gain their consent. Many times it was only through our footage that children of people with the most rare of recollections at last learned of their parents' wartime fate, as my experience shows that it is often easier for the survivor to talk to a stranger than to a family member.

My interviewing method is to first allow the survivors to tell their story the way they want, with few interruptions and relatively few guiding questions relating to basic topics, i.e. transport conditions, food, work, housing, executions etc. etc. (Basically not too different from the questions asked by the Shoa Foundation and other interviewing projects, for example, except that I do not focus on the pre and post-war experience much). Knowing they will be interviewed, people tend to prepare a general story line in advance and often subconsciously decide to repress some memories and even willfully select not to talk about certain events. I find most useful to follow this relatively free-wheeling stage of an interview with a barrage of very specific questions (and here good preparation and knowledge of all available sources of relevant information are key), but seemingly placed without any order. Breaking up the chronological sequence of the survivor's story and focusing in depth on a particular issue or event usually brings out a surprisingly large amount of information not mentioned by the survivor in the initial stage. Finally I proceed to asking questions that are more or less rephrased inquiries from the second "stage". Basically, playing a bit dumb I ask: "Sorry, I did not quite understand what you said about...can you repeat it?" Since some of the questions spark long suppressed memories, the answers tend to be fragmented, but once survivors re-remember them, additional associations arise and the survivors express their memories better.

The scope of this article does not allow me to delve into the topic of how different survivors respond to different questions and therefore I would like to address a difficult yet most relevant question: To what extent can we trust oral testimonies, especially those recorded close to sixty years after the events described took place. Being myself a historian by training, I am well aware of the distrust historians generally display towards oral testimony, and in many cases rightly so. Human memory is flawed and certainly doesn't get better with time. Nevertheless I would argue that the problem of people stating "incorrect" facts is particularly acute with former inmates of Auschwitz and other "better known" camps, but not with survivors on the whole. Wide generalizations cannot be made, as memory and its quality and susceptibility to outside influences are highly individual, but I often encounter the issue of what I would term "memory pollution". Talking to survivors of the 1942 deportations to Auschwitz, upon asking: "Where did you disembark?", I was in several cases given an answer, after a moment of hesitation: "On the ramp ?!" The ramp was not built yet, but since the vast majority of survivors (who arrived in 1944) rightly claim to have gotten off the trains there, the interviewees no longer trusted their own memories and adopted the "majority" view of things. Even more striking example is the recollection of Mengele - most Auschwitz survivors will claim that he was in Charge of their selection (on the ramp...). Mengele was just one of a number of SS men carrying out this grizzly task and did not introduce himself to his victims. Nevertheless even people who spent only a day or two in the camp and had close to no chance of meeting him personally assert to remember him vividly.

It is a paradox, but by working to spread information about the Holocaust and making it widely available through books, TV and other media, we are in fact tarnishing one of the sources of that knowledge. The survivors are of course absorbing this lore, sometimes losing the ability to distinguish between their own memories and facts they learned in the post war period, particularly as that acquired information often helps them interpret, place and identify events and people from their own recollections (the nameless SS man on the ramp responsible for the death of the survivor's family suddenly gains an identity).

I have however found that the testimonies of survivors from the little researched places tend to be exceptionally accurate, as for somebody who is one of a thousand to outlast a death transport, there isn't anyone to confabulate recollections with. Completely isolated, often not even knowing that there might be fellow survivors from their particular deportation destination, these men and women in absolute majority of cases do not suffer from integration of post-survival knowledge

into their memory. Mostly there are very few survivors left from the same place of imprisonment or even the same region, they live far apart and no readily accessible materials or testaments exist to influence their minds. They only tell what they remember and answer many questions with "I don't know", or consciously refer to the knowledge they acquired by means of comparison: "It wasn't done like in Auschwitz where I was, it was done so and so..."). This is often not the case with survivors who can learn about their places of internment - they frequently respond to a question by describing a Situation, with best intentions to help the interviewer which they clearly couldn't have lived through themselves.

While taking into considerations the inadequacies of human memory, clearly much effort must be taken to scrutinize each interview, comparing it to the testimonies by other survivors and using all available sources of information, especially archival material of various sorts. However giving the "paper trail" too much credence and over-relying on written documents might be just as grave a mistake as overly underestimating the value of personal recollections. I believe this is an error many historians make. Written documents can be just as flawed as human memories and sometimes are outright false and here testimonies can be the only tool of proving them wrong. To provide an example, I closely followed a discussion concerning the number of deportees to Nisko (first war-time deportation scheme in which Czech Jews were taken to the East). Transport lists of Jews from Mährisch Ostrau are available, but there are slight discrepancies in the total numbers and attempts were made by historians to explain them, based on other extant German documents. Thanks to personal testimonies, I was able to find out that both the original lists and their explanations are entirely distorted. I tried to trace the fate of every listed deportee and locate all the available survivors. In close to two dozen cases, I was able to find the people whose names and birth dates matched those on the lists but who claimed never to have been deported. Most of them left Ostrau, which is on the border with Poland, already during the summer of 1939, when the Polish territory was still unoccupied. There is only one interpretation why their names showed up on the lists - the German administration made it easy for itself. Rather than to have to search for these missing, unaccounted for people, their names were added to the list of deportees and "order" was made in the Jewish personal files. Statistically, the number of these "virtual" deportees must have been much higher, as I was of course able to talk only to those who survived the war, were alive 50-60 years after and I managed to find. There are several other instances, where testimonies helped me to disprove "facts" stated on official German documents.

The opportunity to interview survivors is quickly coming to an end, as most are unfortunately passing away. There are of course still child survivors of camps and ghettos and hidden children, but my experience is that while talks with them are very valuable for their emotional impact, they contain relatively little hard, factual information historians are seeking. With the vast amount of hours of Interviews recorded by the various interviewing schemes, the most crucial task now lying ahead is making transcripts and Computer programs that would enable quick searches by keywords, linking data from different collections and careful study, analysis and comparison of the content of the Interviews, I am quite optimistic that oral history will become far more appreciated by historians in the coming years than has been the case up to now, as there are relatively few archives that remain unopened and while the possibility of locating "paper" documents of great value of course remains, the frequency of such important finds will most likely decrease. However, it will be possible to compare and contrast the "paper" and "oral" data, helping to put the missing pieces of the puzzle into the larger picture of the Holocaust. It will also be possible to draw more precise conclusions on the nature of human memory and the way it deals with traumatic events, as we will be able to put next to each other Interviews with people whose recollections most likely could not be influenced by outside information (taken immediately after the war, from under-researched locations, etc.) and those whose memories could have been affected (and who were for example interviewed a number of times - seeing whether or how their recollections changed from one interview to the next). This will in turn help us to examine which Interviews can be trusted the most and make use of the precious information these Interviews contain. Such information has all too often been neglected by historians but I am certain this Situation will change soon as we will learn to appreciate (and slightly distrust) both oral history and written documents.

Lukás Příbyl

Historiker und Filmemacher, lebt in Prag

Erinnerung und Erinnerungsarbeit in Ungarn

Einige historische Aspekte

Zwischen dem 11. und 13. April 1945 ging der Zweite Weltkrieg in Ungarn zu Ende - und damit auch die aus rassistischen und religiösen Gründen verübte Verfolgung. Der Rest des Jahres verging mit einer zermürbenden Bestandsaufnahme: Die moralischen und physischen Folgen mussten wahrgenommen, die Ausmaße von Verlust und Vernichtung erfasst werden. Die angegebenen Opferzahlen wiesen enorme Schwankungen auf, es zeigte sich sogar ein gewisser Optimismus, was die erhoffte große Zahl der noch Zurückkehrenden anbelangte. Die Reportagen der Regionalpresse mit Überlebenden endeten häufig mit der Floskel: Hoffentlich kehren auch die anderen bald heim. Diese Selbsttäuschung war selbst in den Auslandsnachrichten zu beobachten. Eine realistischere Einschätzung bot die Zeitschrift der jüdischen Glaubensgemeinde Új Elet (Neues Leben). Ihre November im 1945 erschienene erste Nummer schätzte die Verluste des ungarischen Judentums im Karpatenbecken - aufgrund der sich aus dem besetzten Deutschland im vierten Jahresquartal allmählich einfindenden Meldungen - auf über eine halbe Million.

Wie reagierte die ungarische Gesellschaft auf all das? Die verschont gebliebene, überlebende jüdische Bevölkerung empfand vor allem tiefe Trauer um die verlorenen Angehörigen. Die jüdische Glaubensgemeinde ließ den Tag der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen am 19. März 1944 zum allgemeinen Trauertag erklären, zumal der genaue Todestag von mehreren Hunderttausend Verschleppten oft nicht festzustellen war. Rabbiner Jakob

Teichmann meinte zu dieser Entscheidung: „Den meisten unserer Brüder ist nicht einmal die Beruhigung zuteil geworden, vom Ableben ihrer Angehörigen Genaueres zu wissen, geschweige denn Todesdatum oder Bestattungsorte zu kennen.“

Der zentrale Beschluss fand jedoch keine allgemeine Zustimmung. Es gab Glaubensgemeinden, die für ihren eigenen Gedenk- und Trauertag ein anderes Datum wählten, meist den Tag der örtlichen Deportation, eventuell den der Ankunft im Lager oder den der Massenvernichtung. Der zentrale Gemeinderat schlug außerdem eine einheitliche Gebetsordnung vor, lud ein, in den Synagogen des Landes überall dieselben ungarischsprachigen Gebete zu sprechen. Manche befolgten es, andere wiederum nicht.

Von Seiten der nicht jüdischen Bevölkerung sollte zwischen offiziellen und nicht offiziellen Stellungnahmen unterschieden werden. Höhere offizielle Stellen zeigten sich objektiv und freundlich, die lokalen Behörden hingegen verhielten sich meist nicht so zuvorkommend gegenüber den heimgekehrten Deportierten. Besonders im Bereich der Rückerstattung von Immobilien und sonstigen Gütern kam es zu Differenzen. Die angeblich „verlassenen“ jüdischen Besitztümer waren ja längst verteilt, auseinander getragen oder auf verschiedene Weise enteignet worden. Es gab viele im Land, die sich dabei kompromittierten. Für sie war es äußerst peinlich, als der eigentliche Besitzer oder dessen Angehörige plötzlich erschienen.

Die neue ungarische Regierung war bemüht, die Gesetzmäßigkeit wiederherzustellen. Die rechtswidrigen Maßnahmen der Kriegsjahre gegen Juden wurden in mehreren Rechtsvorschriften als Verstoß gegen die Menschlichkeit verurteilt. Am 17. März erließ die Regierung in Debrecen die Verordnung 200/1945. M. E., die die Judengesetze für verfassungswidrig und gegen die Gesinnung der ungarischen Nation erklärte. Im Gesetzesartikel XXV/1946 wurde dies noch einmal in akzentuierterer Form festgeschrieben, und dem ungarischen Judentum wurde „rechtskräftig“ Abbitte geleistet. Durch den Gesetzesartikel XXXIII/1947 wurde die israelitische Konfession wieder in ihren Rechtsstatus als Amtskirche zurück versetzt.

Generell setzte sich aber die ungarische Gesellschaft mit den Geschehnissen nicht auseinander. Sie empfand die jüdische Tragödie nicht in ihrer vollen Tragweite. Die meisten Jüdinnen und Juden waren selber bemüht, sich versteckt zu halten. Viele änderten ihren Namen und begannen ein neues Leben. Sie trauerten still, beinahe insgeheim über ihre verschleppten oder ermordeten Angehörigen, die nur als „die nicht mehr Heimgekehrten“ bezeichnet wurden.

Vielerorts kam es zu massiven Streitigkeiten um Wohnungen und anderen Besitz, der vor der Deportation zur Bewahrung anderen überlassen oder einfach „mitgenommen“ worden war. Es sorgte für Missbehagen, wenn jüdische Bürger gruppenweise auf der Polizei oder im Gerichtssaal erschienen und wenn sie sich in den linksorientierten Parteien engagierten. Den so genannten Neuantisemitismus nährte auch der nach dem Krieg einsetzende Zusammenbruch der ungarischen Wirtschaft. Außerdem trug die allgemeine Armut zur Stärkung der antijüdischen Gesinnung bei, denn Händler und Kaufleute, überhaupt die bürgerliche Schicht, denen auch die Juden angehörten, ließen die Notlage schneller hinter

sich. Insbesondere die Aktionen gegen Schwarzhändler und Währungsspekulanten waren antisemitisch gefärbt. Selbst der rückständigste Aberglaube (z.B. an Ritualmord) dauerte fort. 1946 führte der zunehmende Antisemitismus zu blutigen Pogromen in Kunmadaras, Miskolc und Özd.

Die unter größten Schwierigkeiten zurückgekehrten „Zigeuner“ standen vor einer schwereren, fast aussichtslosen Situation. Ihre zerstörten Behausungen wurden nicht durch neue ersetzt. Die meisten erhielten keine Unterstützung, und die Roma wurden auch bei der Aufteilung der Großgrundbesitzer vergessen.

Um 1946 wurden die ersten Gedenktafeln zur Erinnerung an die Verschleppten und Ermordeten enthüllt. Sie gingen fast ausschließlich auf Initiative jüdischer Organisationen zurück.

Es sind mehrere Erinnerungsberichte erschienen, teils in der Presse, teils als selbständige Publikationen. Sie alle sind im Grunde dem Genre Leidensgeschichte zuzuordnen. Die Überlebenden berichteten darüber, was sie und ihre Angehörigen durchgemacht hatten. Beachtenswert ist dabei die in Új Elet veröffentlichte Beitragsreihe „So geschah's“. 1945/46 verfolgte und analysierte die Zeitschrift ein ganzes Jahr lang die tragischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Das niveauvolle Bürgerblatt Haladás (Fortschritt) veröffentlichte unter der Redaktionsführung des Schriftstellers Bela Zsolt in beinahe jeder Ausgabe Beiträge zum Thema Judenverfolgung. Zwischen 1945 und 1948 unternahm Jenő Levai einen ersten Versuch, die Tragödie des ungarischen Judentums in Dokumentensammlungen übersichtlich darzustellen.

Die verbliebene jüdische Bevölkerung versuchte weiterzuleben. In einigen Gemeinden wurde das Glaubensleben intensiv fortgesetzt. Die größte Aktivität zeigten die vom Ausland unterstützten jüdischen Hilfsorganisationen, aber auch die geistige Elite erwachte zu einem Neuanfang: Kulturabende und Matinees wurden veranstaltet, bei denen auch die Schrecken der vergangenen Jahre zur Sprache kamen. Als Nachwirkung der Judenverfolgungen entfaltete sich eine recht starke Zionistenbewegung, die besonders bei den jungen Menschen viele Anhänger fand. Sie richteten ihr Augenmerk auf die Zukunft, verwiesen aber immer wieder auf die tragischen Erlebnisse der Vergangenheit, deren logische Schlussfolgerung einzig und allein die Gründung des Jüdischen Staates sein könne. „Auf einem Friedhof ist kein Neubeginn möglich“ lautete ihre Devise, die ihre Gedenkveranstaltungen leitmotivisch verfolgte. Vielsagend war auch die Kopfzeile einer ihrer Publikationen: „Dir ist's passiert“.

Die öffentliche Meinung hatte sich geteilt. Viele waren der Ansicht, die Leidensgeschichte der Juden bildet lediglich einen Anteil der allgemeinen Kriegsleiden, sie ist nur eine Episode gewesen. „Jeder hat gelitten“ hieß es, um sich von der Verantwortung für die Opfer und den moralischen Folgen der Judenverfolgung freizusprechen. Diese Auffassung fand in öffentlichen Gesprächen Eingang, in geschmacklosen Witzen („die Juden wurden geviertelt, jetzt sind sie viermal so viel wie zuvor“) und selbst in Zeitungen. Das Presseorgan der Kommunisten Szabad Nép (Freies Volk) forderte die jüdischen Überlebenden auf, beim Zurückverlangen ihrer Wohnungen mehr Geduld zu zeigen. Ein führender Funktionär der Nationalen Bauernpartei äußerte in einem Zeitungsartikel, der Opferbereitschaft könne sich niemand entziehen, nicht einmal unter dem Vorwand zuvor durchgemachter Qualen. Sein Kollege in der Parteiführung, der Schriftsteller Peter Veres erklärte, „wir brauchen weder die Schwaben noch die Juden“. Der Kommunist Erik Molnár beschwerte sich darüber, dass Juden unter Bezugnahme auf ihren Leidensweg Sonderrechte erhalten sollten.

Die Kirchen verhielten sich janusköpfig. Mit tiefster Pietät gedachten sie nun der Opfer des Völkermordes, besonders wenn es sich um konvertierte, getaufte Juden handelte. Auf Initiative des reformierten Bischofs László Ravasz wurde vom Synodalrat im Mai 1946 verordnet, jedes Jahr an einem Sonntag einen Bußgottesdienst abzuhalten, denn die Kirche habe sich nicht mit voller Courage für die schuldlos Verfolgten eingesetzt. Einige Kirchenorganisationen setzten sich mit ihrer eigenen Vergangenheit kritisch auseinander und zogen sogar die Konsequenzen. In Nyiregyháza zum Beispiel hielten es die Kirchenväter für angebracht, aus Anlass des Gedenkens an die Opfer die jüdischen Überlebenden um Verzeihung zu bitten. Die vor Ort beschlossene Geste blieb jedoch nur eine schöne Absicht, denn sie stieß bei der Kirchenführung der Reformierten auf Ablehnung.

In diesen ersten Nachkriegsjahren wetteiferten die neuen, noch im Aufbau befindlichen ungarischen Parteien um ihre künftigen Mitglieder. Um diese Zeit geschah es auch, dass die so genannten kleinen Pfeilkreuzler, d.h. die einfachen Mitglieder der früheren rechtsradikalen Pfeilkreuzlerpartei von ihren Sünden freigesprochen oder diese als unbedeutend hingestellt wurden. Man entließ sie aus den Internierungslagern, und die sich zur Massenorganisation formierende Kommunistische Partei nahm sie auf. So gesehen ist es verständlich, warum die Erinnerung an den Terror der Pfeilkreuzler sehr bald für

eine rein jüdische Angelegenheit gehalten wurde. Trauerveranstaltungen blieben dadurch ausschließlich im Rahmen des damals noch regen jüdischen Gemeindelebens und gelangten nicht an die Öffentlichkeit.

Die zionistischen Organisationen wurden aufgelöst. Anlass dazu bot die Gründung des Jüdischen Staates. Die jüdischen Führungspersönlichkeiten hatten daraufhin zu verkünden, durch die Entstehung des neuen Staates wäre ihr Ziel erreicht.

Professor Sándor Scheiber veröffentlichte 1947 eine Studie, in der er nahelegte: die wahre Geschichte der Tragödie von 1944 dürfe und solle erst nach seriösen wissenschaftlichen Ermittlungen publiziert werden. Diese Dokumentationen sollen zugleich das Andenken an die Märtyrer wahren. Die von ihm abverlangte Forschungsarbeit und die wissenschaftliche Analyse setzten allerdings erst 40 Jahre später ein.

Das Jahr 1948 brachte Ungarn die kommunistische Machtergreifung. Eine Wende vollzog sich damals auch in Hinsicht unseres heutigen Themas. Es kann vielleicht mit der Geschichte eines Kunstwerks erörtert werden. Eine Statue zu Ehren des schwedischen Botschaftssekretärs Raoul Wallenberg, der vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete, wurde aus öffentlichen Spenden finanziert und aufgestellt, die Behörden ließen sie jedoch in der Nacht vor der feierlichen Enthüllung entfernen. Einige Jahre später versuchte man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für den mutigen Diplomaten und auch sein durch die Sowjetmacht veranlasstes Verschwinden abzuwenden indem man Repräsentanten der jüdischen Gemeinde 1944 mit Wallenberg zusammenarbeiteten, des Mordes an ihm beschuldigte. Die letzte beachtenswerte Publikation zum Thema erschien 1948 in der Zeitschrift Válasz (Antwort). Der namhafte Forscher István Bibó widmete sich darin nicht nur dem Andenken der Deportierten, sondern setzte sich auch mit der Schuldfrage auseinander. Er versuchte die ungarische Gesellschaft durch zahlreiche fundierte Argumente mit dem Verbrechen zu konfrontieren und erkennen zu lassen, wie gleichgültig und mitteleidslos die Tötung von hundertausenden Mitbürgern geduldet und als unvermeidbar hingenommen wurde. Die Studie fand zur Zeit der Veröffentlichung kaum Widerhall. Unter den damaligen Verhältnissen wäre das auch nicht anders möglich gewesen. Eigentlich erregte sie erst mit dem Systemwechsel Ende der 80er-Jahre die verdiente Aufmerksamkeit und eine bis heute währende heftige Debatte.

Bis 1956, in der so genannten Rákosi-Ära, gab es offiziell keine Judenfrage in Ungarn. Gedenken konnte man nur sowjetischer Helden und kommunistischer Märtyrer, bei Staatsfeiern durfte man allein Stalin und seine ungarischen Schüler hochleben lassen. So beschränkte sich die Erinnerung an die Verfolgung auf ein Mindestmaß, selbst diese wenigen Gedenkfeiern blieben ausschließlich innerhalb der jüdischen Gemeinden. An den Jahrestagen fanden Trauergottesdienste statt, außerdem entsandte die Glaubensgemeinde große offizielle Delegationen nach Oswiecim. Ansonsten hielt man es für besser, die Tragödie der über eine halbe Million ungarischen Juden totzuschweigen.

Die offiziellen Stellen gingen gegen jede Erscheinungsform des Antisemitismus mit Härte vor. Selbst das Wort „Jude“ wurde aus dem öffentlichen Gespräch getilgt, man sprach eher von „Verfolgten“. Das hatte zur Folge, dass der Holocaust generell zu den faschistischen Grausamkeiten hinzugerechnet, ihnen untergeordnet wurde. Man erkannte die Verluste an, verschwieg die Opferzahlen nicht, nur hatte man vergessen hinzuzufügen, dass es Juden waren. Politisch und rassisch Verfolgte wurden unter einen Hut gebracht, Gewicht und Rolle der ersteren ungleich stärker herausgehoben. Fest steht allerdings, die Roma-Deportation war noch viel mehr in die Schleier der Vergessenheit gehüllt, über ihr Schicksal sprach keiner.

Um diese Zeit erschienen keine Publikationen, keine Memoiren mehr zum Thema. Das Gemeindeblatt Új Elet widmete sich dagegen öfter der Schreckenszeit der Verfolgung und unterstrich dabei stets die ewige Dankbarkeit, die der großen Sowjetunion und dessen Generalissimus Stalin zu gelten hatte. In der Kopfzeile wurde das Tagesblatt nicht mehr als jüdisch gekennzeichnet; es wurde zu einer religiösen und antifaschistischen Wochen- bzw. Monatszeitschrift, eigentlich ein Instrument der Volksfront. Aus Sicht der Gedenkarbeit ist noch ein Periodikum erwähnenswert: die Bulletins des Rabbinerkollegiums der ungarischen Provinz bemühten sich, den jüdischen Glaubensgemeinden bei ihren Gedenkfeierlichkeiten mit gutem Rat Hilfe zu leisten.

Die Tätigkeit der amerikanischen Hilfsorganisation Joint wurde in Ungarn eingestellt. Mehr Zionisten kamen als „imperialistische Agenten“ ins Gefängnis. Die Auswanderung bot keine mögliche Alternative mehr. Bis in die 60er-Jahre wurde die Entvölkerung der Glaubensgemeinden in der ungarischen Provinz eine Tatsache. Synagogen wie auch jüdische Friedhöfe verschwanden. Ihre Steine fielen mancherorts mit den Gedenktafeln zusammen dem Eifer örtlicher Steinmetzmeister zum Opfer.

Die Emigrations- und Auswanderungsflut der Jahre 1956/57 beeinträchtigte die Intensität der Erinnerungsarbeit, ließ die jüdischen Gemeinden in Ungarn zusammenschrumpfen. Sie raffte

massenweise gerade diejenigen jüdischen Menschen davon, die am stärksten ihre Identität, ihre Traditionen bewahrten.

In den 60er-Jahren begann sich dann die Lage etwas zu entspannen. In Sachen Kirchen und Religion kam es ebenfalls zu Lockerungen, was die Forschung an der Geschichte einzelner lokaler Gemeinden ermöglichte. Die im Ausland erschienenen ungarischsprachigen jüdischen Periodika (Új Kelet / Neuer Osten, Menora oder Hatikva) befassten sich regelmäßig mit der Schreckenszeit, und die aus Ungarn emigrierten Juden gedachten alljährlich an den Jahrestagen ihrer Verschleppung mit Gottesdiensten und Trauerfeiern. 1957 setzte sich der im Ausland tätige Weltverband Ungarischer Juden mit der Frage auseinander, ob und wenn ja inwieweit die ungarische Kriegsregierung die Verantwortung für die Deportationen 1944 trägt. Das Ergebnis entlastete weitgehend die ungarische Seite.

Nach 1958 durften zum Thema etliche Standardwerke erscheinen, die Bibliographie „Judenverfolgung im faschistischen Ungarn“ von Arthur Geyer wurde jedoch verboten. Es kamen umfangreiche Dokumentensammlungen heraus, etwa die „Klageschrift gegen den Nazismus“. In den Új Elet-Kalendern und den Jahrbüchern der Glaubensgemeinde waren anspruchsvolle Arbeiten zu lesen. Das zweibändige Quellenwerk „Waffenlos auf Minenfeldern“ widmete sich dem Schicksal der waffenlosen Militärdienst leistenden Juden.

Nach dem Eichmann-Prozess in Jerusalem erhielt die Holocaust-Forschung im Ausland einen neuen Aufwind. In Ungarn dagegen setzte bei jüdischen Themen nach dem arabisch-israelischen Krieg 1967 erneut eine Flaute ein. Nur wenige einschlägige Publikationen stammen aus dieser Zeit. Zu diesen wenigen Ausnahmen gehört das 1975 herausgegebene, ausschließlich der Judenverfolgung gewidmete Werk „Memento 1944“. Ein Jahr später erschien der Essay „Einem Vorurteil auf der Spur“ von György Száraz, in dem der Autor neben erlebtem Schrecken auch die totgeschwiegene Verantwortlichkeit sowie das angeschlagene gesellschaftliche Bewusstsein hinterfragte.

In den 80er-Jahren häuften sich die Ereignisse, besonders in der Vorbereitungsphase zum 40. Jahrestag. 1984/85 wurden etliche Gedenktafeln enthüllt, die allerdings ohne Ausnahme die übliche Inschrift trugen. Die Ungarische Akademie der Wissenschaften bildete eine separate Arbeitsgemeinschaft zur Forschung und Aufarbeitung der Geschichte des ungarischen Judentums. Es fanden mehrere wissenschaftliche Seminare und Konferenzen statt. Unter Ägide der Akademie erschien die Studiensammlung „Ungarn 1944“. Dass an der wissenschaftlichen Beratung zum Thema „Jüdische Bevölkerung im Ungarn des 20. Jahrhunderts“ bereits Forscher aus Israel teilnehmen durften, bedeutete eine weitere Lockerung.

Dennoch zeigte sich in Ungarn bis zum Systemwechsel kein so stark ansteigendes Interesse für den Holocaust, wie es im westlichen Ausland der Fall war. Erwähnung verdient aber die Tatsache, dass in den 70er- und 80er-Jahren die meisten Abhandlungen über die Verfolgung im Vergleich zu den anderen Ländern des Ostblocks in Ungarn erschienen sind.

Indessen nahm der Verband der durch das Naziregime Verfolgten seine Tätigkeit auf und arbeitete praktisch in Symbiose mit der seit jeher hoch präferierten Organisation der ehemaligen Sowjetpartisanen und kommunistischen Widerstandskämpfer zusammen. Unter ihrer Schirmherrschaft fanden zahlreiche - stark durchpolitisierte - Veranstaltungen und einige Gelegenheitsausstellungen statt. Der jüdische Widerstand war allerdings ein Tabuthema, darüber zu sprechen oder zu schreiben galt als unangemessen. Aufsehen erregte das Blatt der jüdischen Opposition Salom mit dem Titel Magyar Zsidó (Ungarischer Jude), das in der Schuldfrage für den Holocaust einen vom offiziellen abweichenden Standpunkt vertrat. Eine Veränderung des historischen Gedächtnisses haben auch die Samisdats, die illegalen Publikationen der ungarischen Opposition gebracht. Ebenfalls in einem Samisdatdruck war die wahre Geschichte von Wallenbergs Verschleppung gelüftet worden, die bei den Lesern ein unwahrscheinlich starkes Echo hervorrief. Viele Hefte des illegalen Verlags gingen damals in Budapest von Hand zu Hand.

Ein Vorzeichen des politischen Systemwechsels in Ungarn war die Gründung verschiedener jüdischer Organisationen. Während 1985 selbst Mitglieder regelmäßig zusammentreffender jüdischer Privatgesellschaften etwa durch polizeiliche Vorladungen behelligt wurden, konnten sich 1989 mehrere jüdische Vereinigungen konstituieren: so die Gesellschaft für Ungarisch-Israeilische Freundschaft, der Jüdische Kulturverein Ungarns (die Nummerierung der Mitgliedsausweise begann in Erinnerung an die Opfer bei 600.001) oder die Zionistische Organisation. Einige von den damals gegründeten Einrichtungen existieren heute nicht mehr.

Eine weitere Folgeerscheinung der politischen Umwälzungen war die Forderung nach gerechter Entschädigung. Der Landesverein der waffenlosen Militärdienst Leistenden engagierte sich mit großem

Elan für die Interessen der noch lebenden so genannten Arbeitsdienstler. Zu diesem Zweck wurde auch der kurz bestehende Landesverband für Holocaust-Opfer ins Leben gerufen.

Mit Anlauf der Entschädigungsprozedur - die bescheidenen Zuwendungen wurden aus öffentlichen Geldern finanziert - erhielt die Erinnerungsarbeit, die Heraufbeschwörung des jüdischen Traumas einen gesamtgesellschaftlichen Charakter. Plötzlich entsannen sich selbst solche Menschen an ihre Abstammung, die bislang keinerlei Kontakt zum Judentum unterhielten und alles daran setzten, ihre Wurzeln möglichst zu verdecken und zu vergessen.

Die Zahl der Gedenktafeln nahm zu, obwohl die alten wegen ihrer huldigenden Danksagungen zu Ehren der Sowjetarmee viel Kritik erhielten. Unbekannte Täter zerstörten die Tafel des ehemaligen Budapester Ghettos, einige andere hat man bei Nacht und Nebel verschwinden lassen. Nach heftigen Diskussionen wurde die des Ghettos dennoch wieder mit der Originalinschrift ersetzt. An der Mauer der Synagoge in der Budapester Dohány utca konnte eine Gedenktafel angebracht werden, die an Theodor Herzl erinnerte. Bereits diese Tatsache bekundete eine Änderung in den Ansichten, später wurde dann der Platz vor seinem Geburtshaus nach ihm benannt.

1990 wurde dann die Ungarische Auschwitz-Stiftung - Holocaust-Dokumentationszentrum ins Leben gerufen. Als Privatstiftung konnte sie bedeutende Erfolge erzielen, doch erst nach gut zehn Jahren international anerkannter Tätigkeit wurde ihr die staatliche Unterstützung zuteil. Zu Yad Vashem in Jerusalem und anderen ausländischen Gedenkstätten knüpfte die Stiftung Kontakte, die sich seitdem zu einem intensiven und vielseitigen Austausch entwickelten. Mehrere Holocaust-Gedenktafeln sowie Gedenkstätten in der ungarischen Provinz gehen auf diese Stiftung zurück.

Seit Ende der 90er-Jahre wird viel Wert auf die Vermittlung der Verolungsgeschichte im Schulunterricht gelegt. Auf diesem Gebiet herrscht eine rege Zusammenarbeit mit österreichischen Institutionen, seither fanden mehrere gemeinsame Lehrerseminare statt. Zuletzt im Herbst 2003 in Sopron, wo das Thema Verfolgung der Roma behandelt wurde.

Anfang der 90er Jahre entstanden auch einige Zivilorganisationen mit der Zielsetzung, die Erinnerung an das Geschehene aufrechtzuerhalten. Die meisten lösten sich allmählich auf, einzig das Ungarische Holocaust-Gedenk Komitee besteht und wirkt heute noch. Auf Betreiben einer Bürgerinitiative wurde am Donauufer in Budapest das Denkmal Raoul Wallenbergs wieder aufgestellt. Seit 1947 trägt eine Straße der Budapester Innenstadt seinen Namen, heute erinnert ebenda auch eine Reliefgedenktafel an den schwedischen Diplomaten. Die vor Jahrzehnten fertig gestellte Wallenberg-Statue, die in der Kádár-Ära im Garten der US-Botschaft stand, wurde in einer breiten Allee von Buda aufgestellt.

Für seine Tätigkeit als Retter jüdischer Menschen wurde auch dem ehemaligen Vizekonsul der Schweizer Botschaft, Carl Lutz, ein Denkmal gesetzt. Nach dem Italiener Giorgio Perlasca, der sich ebenfalls durch Rettungsaktionen auszeichnete, wurde eine Mittelschule benannt. Im Herzen der Hauptstadt wurde eine neue Gedenkstätte zu Ehren der Holocaust-Opfer errichtet, die durch private Spenden finanziert wurde.

Der 50. Jahrestag bildete einen Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten. 1994 erschienen unzählige Bücher und Publikationen zum Thema, und im Budaer Burgschloß wurde die Gedenkausstellung Judenverfolgung 1944 eröffnet. Verschiedene Schulprogramme und Landeswettbewerbe halfen der Jugend, die traurigen Ereignisse der Vergangenheit näher kennen zu lernen. Weiters wurde das zweibändige Standardwerk des US-amerikanischen Professors Randolph L. Braham über den ungarischen Holocaust in einer ungarischen Übersetzung herausgegeben.

Ab Mitte der 90er-Jahre wurden die bislang vernachlässigten, verödenen jüdischen Bestattungsstätten in mehreren Ortschaften der ungarischen Provinz in Ordnung gebracht, oft sogar unter freiwilliger Mitarbeit der Ortsbewohner.

Die Neugründung der zionistischen Organisationen rückte Selbstrettung und Widerstand der Juden während der Schreckenszeit in den Vordergrund der wissenschaftlichen Forschung. 2003 wurde diesem bisher stiefmütterlich behandelten Themenkreis eine Sonderkonferenz gewidmet. Neue Quellensammlungen erschienen, um dem Prozess des Vergessens Einhalt zu gebieten.

Die Verfolgung der ungarischen Roma und Sinti erhielt ebenfalls mehr Aufmerksamkeit. Ihre Organisationen erinnerten mehrfach an die in Konzentrationslager verschleppten. Zum Andenken an die Opfer fand vor einigen Jahren in der Nacht vom 2. auf 3. August vor dem ungarischen Parlament eine öffentliche Totenwache statt. Mehrere Dokumentarfilme behandelten ihre Schicksalstragödie, und in sechs Ortschaften der ungarischen Provinz wurde an die verschleppten oder von ungarischen Gendarmen getöteten Roma und Sinti mit einem Denkmal erinnert.

Ein anhaltend lebhaftes Echo (aber auch etwas Polemik) erregte die Auszeichnung des Schriftstellers Imre Kertész mit dem Nobelpreis für Literatur. Seine Romane fanden seither in zahlreichen ungarischen

Schulen Eingang in den Lehrstoff. Sein preisgekröntes Werk wurde mit staatlicher Unterstützung verfilmt und ist dieses Jahr in den Kinos angelaufen.

Bei der Erörterung des Themas Erinnerung und Erinnerungsarbeit in Ungarn muss man feststellen: das Ausbleiben einer konsequenten Auseinandersetzung mit der Frage nach der historischen Verantwortung fordert den so genannten Geschichtsrevisionismus. In den 90er Jahren verbreitete sich wieder die früher gern verlautebarte Ausrede - jeder habe gelitten. Im Klartext: Die Tragödie des Judentums wird mit den Kriegsoffizieren, die Aufopferung der zum waffenlosen Militärdienst verschleppten Juden mit dem im Feuergefecht gefallenen Soldaten unter einen Hut gebracht. Für diese Denkweise ist Auschwitz eine Art Gulag, die beispiellose Grausamkeit der Todesfabrik wird dabei verschwiegen oder gar geleugnet.

Die oft gebrauchten relativierenden, kleinlich vergleichenden Behauptungen trüben häufig die klare Sicht der neuen Generationen, oft sogar die der Lehrer. Die Verantwortung der ungarischen Seite wird gern auf die Deutschen abgewälzt. Für alles, heißt es in dieser Auffassung, sei der Satan, Eichmann und sein Sonderkommando verantwortlich. Viele spielen mit den Zahlen gleichsam ein Geländespiel, was in Wirklichkeit eine Manipulation der Verlustziffern bedeutet. Manche ungarischen Presseorgane veröffentlichten so genannte Fachgutachten aus dem Westen, die unter anderem behaupteten, laut jüngster Berechnungen wäre der Völkermord gar nicht möglich gewesen.

Sicher vernimmt man gelegentlich auch auf ungarischem Boden Meinungsäußerungen darüber, man habe schon genug von Holocaust und Massenvernichtung gehört, man hätte schon das ewige Gedenken satt. Hin und wieder begegnet man gar der Leugnung oder Relativierung der wahren Geschehnisse. Es gibt auch Geschäfte, die gehässige Hetzpublikationen oder ähnliche zum Hass inspirierende diskriminierende Lektüren anbieten. Gewisse Zeitungen früher waren es Hunnia oder Szent Korona (Heilige Krone), neuerdings Magyar Forum und Új Demokrata - bringen wiederholt Artikel, die sich bemühen, die Opferzahlen zu verringern und die Verantwortung der ungarischen Gesellschaft zu verwischen. Und die junge ungarische Demokratie steht recht ratlos diesem Phänomen gegenüber, rätselt herum, wie viel sie noch tolerieren könne und wogegen sie mit gesetzlichen Mitteln auftreten solle. Die öffentliche Meinung weist die Hasspropaganda und ihre praktischen Erscheinungsformen zumeist energisch zurück.

Die ungarische Regierung hat 2002 eine wichtige Institution der Gedächtnisarbeit, die Ungarische Auschwitz-Stiftung, in eine gemeinnützige Organisation umgewandelt. Dank der staatlichen Subventionen konnte sie in den letzten Jahren ihre Zusammenarbeit mit den ausländischen Forschungsinstituten und den westlichen Holocaust-Museen intensiv weiterentwickeln. Im Frühjahr 2002 begann dann auch die Errichtung des Holocaust-Museums, sowie des Dokumentations-, und Fortbildungszentrums im Areal um die Synagoge in der Páva utca, Budapest IX, beide sind unter die Leitung der neu gegründeten Stiftung gestellt. Die feierliche Eröffnung des gesamten Komplexes fand dann schließlich am 15. April 2004 statt.

Im neuen Holocaust-Zentrum wurde am 17. April 2004 das reisende Denkmal „Mobiles Erinnern“ des Kremser Künstlers Christian Gmeiner ausgestellt. Im Herbst ging dann das Kunstwerk „auf Wanderschaft“ und hatte bis in den Juni 2005 die Route der Todesmärsche ungarischer Juden, die im Krieg zur Zwangsarbeit nach Österreich beordert wurden, nachgezeichnet und dabei an mehreren erinnerungswürdigen Schauplätzen der Deportation Station gemacht. Das Forschungszentrum ist neben dem Wachhalten der Erinnerung an die Massenmorde auch bestrebt die Menschlichkeit in dieser schrecklichen Zeit zu zeigen. Außerdem möchte es jene österreichischen Ortschaften ehren, in denen den getriebenen ungarischen Juden Hilfe zuteil wurde und all deren Bürgern Dank aussprechen, die die erschöpften Häftlingen vor dem sicheren Tod gerettet haben.

Zurückschauend auf sechs Jahrzehnte der Erinnerung an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten können wir feststellen, dass Ungarn nach einer 40 Jahre währenden schwierigen Periode, in den vergangenen 15 Jahren neue Ergebnisse und Erfolge aufweisen kann. Es kann zwar nicht behauptet werden, dass die ungarische Erinnerungsarbeit frei von gewissen Mängeln und Fehlern sei, der Großteil der Gesellschaft begegnet dem Thema mit einem gesunden Realitätssinn und empfindet Mitleid mit den Opfern. Diese Menschen zeigen auch Interesse für die jüngsten Forschungsergebnisse und sie akzeptieren und unterstützen die 2001 eingeführten Gedenktage, die in den ungarischen Schulen alljährlich an die Opfer des Holocaust und des Kommunismus erinnern.

Szabolcs Szita

Historiker, lebt in Budapest